

A2-133-5: Bewegt euch: Umwelt retten!

Antragsteller*innen Luca Brunsch

Von Zeile 132 bis 133 einfügen:

Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.

Klimaziele müssen endlich an den Pariser Klimavertrag angepasst werden

Getrieben von der Industrielobby kämpft die Große Koalition seit Jahren mit ideologischem Furor gegen die Energiewende. Um den Kohleausstieg zu verhindern deckelt und bremst sie den Ausbau Erneuerbarer Energien im Strombereich massiv, und weigert sich, die Nutzung von Überschussstrom für die Wärme- und Verkehrswende zu ermöglichen. Sie behauptet, dass man nicht gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteigen könne: das ist natürlich sachlich falsch – aber offenbar mit dem EEG 2017 gesetzlich festgeschriebenes Ziel der Bundesregierung. Denn laut diesem Gesetz darf der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor bis 2025 45% nicht übersteigen, was genau dem Anteil der Erneuerbaren Energien + dem bis 2022 wegfallenden Atomstrom entspricht. Wir fordern dagegen: 95 % Erneuerbare Energien bei Strom, Wärme und Verkehr bis 2040 deutschland- und europaweit. Das ist kein Idealismus, sondern bereits bittere Realpolitik: denn um unter 1,5 Grad zu bleiben müsste die Welt bis 2030 klimaneutral werden. Deutschland müsste für echte Klimagerechtigkeit zudem doppelt so schnell Treibhausgase (THG) reduzieren, wie der Weltdurchschnitt, damit alle Menschen den gleichen THG-Fußabdruck hätten. Außerdem werden einzelne Ziele wie „-55% THG bis 2030“ in der Realität erst kurz vor knapp erreicht, die Berechnungen gehen aber von einer gleichmäßigen Reduktion aus. Deshalb müssen zusätzlich Gesamt-Treibhausgasbudgets, oder noch einmal deutlich ambitioniertere Ziele beschlossen werden. Das Gesamt-Treibhausgasbudget für eine klimaungerechte Energiewende für 50% Wahrscheinlichkeit, unter 1,5 Grad zu bleiben betrüge 5,5 mal die Emissionen des Jahres 2018, für 66% Wahrscheinlichkeit unter 2 Grad zu bleiben 17 Jahresemission, der von uns vorgeschlagene Mittelwert zwischen beiden 11,25 Jahresemissionen.

Dementsprechend halten wir auch die derzeitigen Ziele von Bündnis 90/Die Grünen, in Deutschland mit allen Sektoren außer dem Strom, und in Europa generell erst 2050 klimaneutral zu werden, für unzureichend. Wir werden in Bund, Ländern und Kommunen entsprechende Anträge einreichen.

Begründung
erfolgt mündlich